

Die Reichsregierung... (Small text at top left)

Die achtzehnjährige... (Small text at top right)

STREIFER Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein neuer Antistreikerlaß

Der Reichsverkehrsminister Gröner gegen das „Streikfieber“ — Bedrohung des Koalitionsrechts der Eisenbahnbeamten und Arbeiter — „Aufklärung“ statt Aufbesserung

Die Regierung wird nicht müde, die Beamten ihres Wohlwollens zu sichern. Die Behörden erklären unzählige Male, daß ihnen nichts mehr am Herzen liege als die Sorge um die Beamten.

In Wirklichkeit möchten sie alle die Beamten ebenso wie die Arbeiter im Elend verkommen lassen. Die Organisationen drängen um eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse.

Vor den Kulissen des Regierungstheaters spendet man den Beamten und den Arbeitern schöne Worte. Hinter den Kulissen aber hält man schon die Peitsche bereit.

Der klare und feste Standpunkt der Reichsregierung zur Frage des Beamtenstreiks (siehe Reichsverkehrsanzeiger 24) ist von den Herren Vätern mit allem Nachdruck zu verteidigen.

- 1. Mit den Beamtenpflichten unvereinbar ist eine zum Streik treibende Tätigkeit von Beamten usw. in und außer dem Dienst. Die Vorkommnisse beim Rapp-Putsch haben den Beamten vollkommen die Köpfe verwirrt. 2. Streikagitation innerhalb der Dienststunden und Diensträumen ist unzulässig, Anschläge an Eisenbahngebäude, die zum Streik auffordern, sind zu verhindern, ebenso die Verteilung von Druckschriften unter der Beamtenenschaft zum Zweck der Streikagitation. 3. Die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Streikfiebers unter der Beamtenenschaft sind anzuwenden. Dazu gehört insbesondere Aufklärung über die schweren Folgen von Beamtenstreiks für den Einzelnen, für die gesamte Beamtenenschaft und ihre Stellung im Staate, für den Staatsgedanken, sowie für unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt. 4. Reichsregierung und Parlament haben die Not der Beamten durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen anerkannt und werden auch weiter auf eine Milderung dieser Notlage hinarbeiten.

Die Regierung, in deren Einverständnis der Reichsverkehrsminister Gröner dieses Telegramm verschiebt, will also mit „Aufklärung“, mit einer frischen Ladung schöner Worte, den Hunger der Beamten stillen. Auf kalte Weise soll ihnen

die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft, das Streikrecht, genommen werden. Nicht durch Verbesserung der Lebenshaltung der Beamten und Arbeiter soll das „Streikfieber“ bekämpft werden, nicht durch die Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen, sondern durch Verbot der Streikagitation, durch Maßregelung der im Vordergrund der Bewegung stehenden.

Denn darüber darf man sich keinem Zweifel hingeben: das Telegramm des Reichsverkehrsministers richtet sich nicht allein gegen das „Streikfieber“, sondern gegen das Koalitionsrecht der Beamten und Staatsangestellten, gegen ihre Betätigung in gewerkschaftlichen Formen.

Die Regierung irrt sich aber darin, wenn sie glaubt, daß die Beamten und Arbeiter sich heute noch dieselbe Behandlung gefallen lassen werden, wie zu Zeiten des wilhelminischen Regimes. Mit seinem Telegramm wird Herr Gröner nur das eine erreichen, daß die Erregung in den Eisenbahnerkreisen sich aufs höchste steigern wird.

Aus den Organisationen der Eisenbahner wird denn auch schon mitgeteilt, daß sie und die Regierung Vertragskontrahenten seien und daß die Regierung verpflichtet sei, die Beamten den Verhältnissen entsprechend zu entlohnen. Da das die Regierung bisher nicht getan habe, sei sie vertragsbrüchig geworden.

Die Unfähigkeit der Regierung, die sich mit ihrem schlechten Willen paart, hat somit eine neue Konfliktstimmung geschaffen. Wenn sie nicht das Wirtschaftsleben in eine Katastrophe hineintreiben will, so hat sie die Verpflichtung, nicht nur ihren Antistreikerlaß vom 17. Dezember sofort zurückzuziehen, sondern auch ebenso schnell die Zurücknahme der Grönerischen Anweisung zur Bekämpfung der Streikagitation zu veranlassen.

Das wichtigste aber in dieser Stunde ist, daß die Lebensverhältnisse der Beamten und Arbeiter sofort eine den Verhältnissen entsprechende Aufbesserung erfährt!

Die Forderungen der Post- und Telegraphenbeamten

Die in der Reichsgemeinschaft der Post- und Telegraphenbeamten vereinigten Verbände mit über 290 000 Mitgliedern haben sich in bezug auf die Erhöhung des Steuerzuschlags auf den Boden der Forderungen des Deutschen Beamtenbundes gestellt. Die Forderungen gehen dahin: Erhöhung des Steuerzuschlags von 50 Prozent auf 75 Prozent, Festlegung eines Mindeststeuerzuschlags, und zwar für die Ortsklasse A von 7000 Mark.

aufhalten wollte, an. Nachdem die Polizei Schredschüsse abgegeben hatte, zerstreute sich die Menge. Durch zurückprallende Kugeln wurden einige Personen verwundet, mehrere Beamte wurden durch Schläge und Steinwürfe, ein Pferd durch Messerhiebe verletzt. Drei Personen wurden in das Arbeiterhospital eingeliefert, von denen eine ihren Verletzungen erliegen ist. Vor dem Rathaus fanden später noch Ansammlungen statt, die nach Verhaftung einiger Personen zerstreut wurden.

Die Breslauer Vorgänge bewiesen erneut, daß die Heranziehung von Polizei gegen friedliche Demonstranten das Aufreizendste und Dummste ist, das eine Behörde machen kann. Es geht ohne Polizei, unblutig und ruhig, wie die Berliner Arbeitslosenkundgebungen bewiesen haben. Die Arbeitslosen sind keine tollen Hunde, die man mit bewaffneter Macht im Zaume halten muß. Wann wird der preussische Polizeigeist das einmal einsehen?

Französischer Parteitag

Der Sozialistenkongress in Tours lehnte den Antrag, die Entscheidung über den Anschluß an die Dritte Internationale einstweilen aufzuschieben, ab. Mo erster Redner sprach Semiat, der sich gegen den Anschluß aussprach.

Buchdruckerstreik in der Schweiz. Infolge von Lohnstreikigkeiten ist im Schweizer Buchdruck- und Zeitungsgewerbe Streik ausgebrochen. Die Arbeit wurde in Bern und St. Gallen völlig, in Genf teilweise eingestellt. In den übrigen Städten der Schweiz erscheinen die Zeitungen noch.

Ueberflüssige Menschen

Von Artur Crispian

Kein Zweifel: Nur ganze Arbeit kann uns helfen. Das Masseneisend ist in Europa und besonders auch in Deutschland so riesengroß geworden, daß Millionen Menschen vor ihrem unmittelbaren Untergang stehen und Millionen Menschen fluchtbereit sind. Nach neuesten Zeitungsberichten sollen schon bis jetzt 15 Millionen Europäer durch die Transatlantischen Linien dem amerikanischen Einwanderungskommissar gemeldet sein. Darunter über 5 Millionen Deutschen. Dr. Max Hirsch schrieb dieser Tage im „Berliner Tageblatt“, es scheint eine verhängnisvolle Tatsache zu sein, daß Deutschland im nächsten Jahr nicht viel mehr als 50 Prozent seiner Bevölkerung aus eigenen Lebensmittellvorräten ernähren können. Dr. Max Hirsch wendet sich trotzdem gegen die Auswanderungsbestrebungen. Freilich aus biologischen oder rassenhygienischen Sorgen. Er befürchtet, von der Annahme ausgehend, daß die Auswanderer sich in der Hauptsache aus tatkräftigen Elementen zusammensetzen, Beeinträchtigung der Regenerationsfähigkeit des deutschen Volkes, wenn ihm durch die Auswanderung ein dauernder Verlust der bestveranlagten Menschen zugefügt werde. Dr. Max Hirsch empfiehlt deshalb die Wiederholung auch von der Unabhängigen Sozialdemokratie geforderte Urbarmachung der in Deutschland immer noch vorhandenen 2 1/2 Millionen Hektar Oed- und Moorland, wozu noch 2 1/2 Millionen Hektar Sumpf kommen, die entwässert und bebaut werden könnten. Hier sei ein Betätigungsfeld für die Auswanderungslustigen.

Wir schließen uns der erneut erhobenen Forderung der Urbarmachung des Oed-, Moor- und Sumpflandes durchaus an. Leider hat man in Deutschland für diese große Kulturarbeit nichts übrig gehabt. Dafür desto mehr Milliarden für den Massenmord.

Doch mit der Urbarmachung von Oed-, Moor- und Sumpfland ist das Problem der Uebersättigung keineswegs gelöst, das alle Kreise gegenwärtig lebhafter denn je beschäftigt. Gibt es doch Leute, denen der Gräber, die als Denkmale des Krieges weite Länderstrecken bedecken, ganz und gar nicht genug sind. Leute, die das Massentötend durch Vernichtung immer neuer Menschen zu befehligen rufen. Verflucht einfach und wirksam. Denn in der Tat, wenn die Menschen ausgerottet sind, ist auch das Massentötend verschwunden.

Der bekannte altdeutsche Professor Gruber schätzt, daß wir in Deutschland nicht weniger als 20 Millionen Menschen zuviel haben. Kapitalisten, wie Stinnes z. B., sind derselben Meinung und empfehlen den — Arbeitern die Auswanderung. Nicht wenige, die sich gute Christen nennen, erhoffen von dem Massensterben, das Deutschlands arme Klassen in immer verstärkterem Maße heim sucht, eine Verringerung der Uebersättigung. So ist der kapitalistische Kindermord zwar eine Geißel Gottes, aber zugleich auch eine Wohltat. Herr, Deine Wege sind ebenso wunderbar, wie unbegreiflich!

Kein Unfug ist zu groß, als daß er nicht Kommunisten fände, die seine Propheten würden. Auf dem ersten Betriebsrätekongress bezog sich ein Kommunist in seiner Rede auf die Gruberische Behauptung, nach der in Deutschland gegenwärtig 20 Millionen Menschen zuviel vorhanden wären. Da diese überschüssigen Menschen schließlich vor dem Hungertod ständen, schien es dem Kommunisten nützlich und ehrenvoller zu sein, wenn die Uebersättigung durch einen frisch-fröhlichen Bürgerkrieg behoben würde. Es müßte schon ein sehr „frischer“ Bürgerkrieg sein, um die Bevölkerung Deutschlands von 60 auf 40 Millionen Menschen herunterzubringen. Das Massenmorden während der vierzehnjährigen Kriegsjahre hat Deutschland „nur“ 2 Millionen Menschen gekostet.

Handelte es sich für Deutschland nur um den zahlenmäßigen Verlust von Volksgenossen, meint Dr. Max Hirsch, so müßte man sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl oder übel damit abfinden. Denn Volkszahl und Nahrungsmittellvorrat seien korrelative Größen. Das heißt, die Zahl der Menschen steht in Wechselbeziehung zur Menge der Lebensmittel. Eins hängt vom anderen ab. Offenbar haben wir es hier mit einem Hinweis auf jene Bevölkerungstheorie von Malthus zu tun, auf die ich noch zurückkommen werde.

Zunächst möchte ich jene immer wiederkehrende Behauptung zurückweisen, als hätten wir erst nach dem Kriege unter dem Vorhandensein „überflüssiger Menschen“ zu leiden. In zahllosen Artikeln in der Presse, in vielen Flugchriften und Broschüren wird darauf hingewiesen, daß Deutschland mit dem Krieg agrarische Ueberschussgebiete verloren habe. Ohne die Gebiete, über die durch Volksabstimmung entschieden werden soll, hat Deutschland durch den sogenannten Friedensvertrag 14,4 Prozent (77 500 Quadratkilometer) seines Flächeninhalts und 12,7 Prozent (8,2 Millionen Menschen) seiner Bevölkerung verloren. Der Verlust an agrarischen Ueberschussgebieten, der Niedergang der Produktion, vor allem in der Landwirtschaft, der Zustrom von Flüchtlingen und —

Um die Orgesch

Die Behandlung der deutschen Note

Paris, 27. Dezember.

Die Botschafterkonferenz hat sich heute mit der Note der deutschen Regierung vom 22. Dezember befaßt, die sich auf die Entlassung der Einwohnerwehren bezieht. General Weygand und General Nollet wohnten der Sitzung bei. Wie der „Temps“ meldet, einging man sich nach kurzer Zeit dahin, daß die Entscheidung dieser Frage angesichts der Wichtigkeit den alliierten Regierungen überlassen werden müßte.

Diese Meldung beweist, wie außerordentlich wichtig die Orgeschfrage von der Entente aufgefaßt wird. Die deutsche Regierung spielt mit ihrer Taktik ein gefährliches Spiel, das dem deutschen Volke noch manche Unannehmlichkeiten bereiten kann. Man ist auf der Entente Seite viel zu gut über Deutschland unterrichtet, um sich durch noch so gut stilisierte und dramatisch ausgestattete Noten umstimmen zu lassen.

Arbeitslosenunruhen in Breslau

Nach einer W. T. B. Meldung fand auf dem Schloßplatz in Breslau gestern, Montag nachmittag, eine Arbeitslosenversammlung statt, die von der Kommunistischen Partei gegen den Willen der Gewerkschaften und des Erwerbslosenrates einberufen worden war. Nach Schluß der Versammlung bildeten die Teilnehmer einen Zug, um nach dem Rathaus zu ziehen, trotzdem der Polizeipräsident Umzüge verboten hatte. Die Menge griff die zum Schutze des Rathauses bereitgestellte Polizei, die den Zug

nicht zu vergessen — die politischen Umgestaltungen, werden als die Ursachen der Ueberbevölkerung bezeichnet. Die Schlussfolgerung ist dann regelmäßig die, daß der Friedensvertrag beseitigt werden müsse, damit alle Not ein Ende habe. Das ist eine grobe Irreführung. Gewiß haben die angeführten Ereignisse zur Verschärfung aller sozialen Leiden ihr rechtliches Teil beigetragen. Ihre Ursachen liegen aber in der kapitalistischen Produktionsweise. Denn auch schon vor dem Kriege mußte Deutschland Lebensmittel aus dem Ausland beziehen und ebenso hatten wir in Deutschland auch schon vor dem Kriege unter dem Vorhandensein „überflüssiger“ Menschen zu leiden. Ein Blick auf die Statistik der Ein- und Ausfuhr Deutschlands beweist das. 1913 z. B. wurden für 11 719 Millionen Mark Waren eingeführt und für 10 932 Millionen Mark Waren ausgeführt. Die Goldeneinfuhr betrug 377, die Goldausfuhr 63 Millionen Mark. Vor allem ist auch die Art der mit dem Ausland gehandelten Waren zu beachten. Und die industrielle Reservearmee war uns allen schon lange vor dem Kriege ein Faktor, mit dem wir rechnen mußten. Der Kampf der Arbeiterklasse ist unausgesetzt mit voller Wucht gegen den Kapitalismus zu führen, denn der Kapitalismus ist die Ursache aller sozialen Uebel: Massenausbeutung, Massenarbeitslosigkeit, Massenelend, Massenmord und Massenraub.

Von dieser Erkenntnis darf uns nichts abbringen. Auch das Problem der Ueberbevölkerung ist nur mit der sozialen Frage überhaupt lösbar. Es sind Milderungen der Massennot möglich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Beseitigt kann die Not aber nur werden mit dem Sieg des Sozialismus.

Wir haben kein Interesse an der Auswanderung deutscher Arbeiter. Im Gegenteil, durch eine solche Auswanderung wird gerade die Arbeiterklasse selbst in hohem Maße geschwächt. Die Arbeiter, die das politisch und wirtschaftlich zerrüttete Deutschland in der Hoffnung verlassen, im Ausland bessere Lebensmöglichkeiten zu finden, haben keinerlei Garantie für die Erfüllung ihrer Hoffnungen. Nicht die Frucht vor den furchtbaren Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zieht den modernen Arbeiter, sondern er hat die Pflicht, sich in Reich und Glied mit seiner Klassen Genossen zu stellen und auf dem Kampfplatz zu bleiben, bis durch den Sieg über den Kapitalismus alle Not ein Ende hat.

Betrogene Betrüger

Die Anerkennung der K. A. P. D. durch das Moskauer Exekutivkomitee hat anscheinend die seitenden Kreise der Vereinigten Kommunistischen Partei in eine solche Aufregung versetzt, daß sie gegen den Moskauer Beschluß offen zu rebellieren wagen. Allerdings vollzieht sich diese Rebellion in so untertänigen Formen, daß einem über so viel Knechtseligkeit die Schamröte in das Gesicht steigen könnte. Aber immerhin bleibt die Tatsache bestehen, daß nicht nur Saul Levi in der „Roten Fahne“ den Beschluß des Exekutivkomitees als das Gegenteil von einem Geniestreich, d. h. als eine Dummheit, bezeichnet, sondern daß auch die Zentrale der Kommunistischen Partei, vertreten durch Däumig und Levi, in einem Schreiben an das Moskauer Exekutivkomitee gegen die Anerkennung der K. A. P. D. Protest einlegt. (Wobei man allerdings die Selbstaufopferung Däumigs bewundern muß, der gegen die Anerkennung einer Partei als Sympathisierende Widerspruch erhebt, mit der ihn starke Sympathien in der Frage des Parlamentarismus und der Gewerkschaften verbinden.)

Man begreift diese Aufregung, wenn man die in dem Protest der Zentrale vorgebrachte Begründung liest. Von dem ersten Punkt: daß das Moskauer Exekutivkomitee die K. A. P. D. als kommunistische Partei betrachten oder widrigenfalls die Konsequenzen ziehen müsse, kann man sogleich absehen. Leute, die derartige Gründe vorbringen, ähneln zu sehr gekränkten Lebewürstern, als daß man sie hierbei ernst nehmen könnte. Wichtiger jedoch sind die Gründe praktischer Art, die die kommunistische Zentrale vordringt. Däumig und Levi versichern, daß die mit ihnen konkurrierenden Organisationen der K. A. P. D. in den letzten Monaten einmüde geschrieben oder zur Vereinerung mit der K. A. P. D. veranlaßt worden seien. Dieser Protest der Vernichtung der K. A. P. D. ist nun durch den Moskauer Beschluß aufgehoben worden. Däumig und Levi weisen laut wehklagend darauf hin, daß sie bisher in ihrem Kampfe gegen die K. A. P. D. nicht nur die „guten Gründe“, sondern auch die Autorität der Kommunistischen Internationale“ ins Feld führen konnten.

„Dieses letztere“ — fahren sie fort — „ist uns jetzt genommen, weil wir selbstverständlich in Deutschland niemandem erzählen können, man habe die K. A. P. D. in die Kommunistische Internationale aufgenommen als Sympathisierende, um die Sympathie zu beweisen durch Prügel, die man der K. A. P. D. verleihe. Diese revolutionäre Taktik würde, wenn wir sie in Deutschland vertreten würden, von niemandem ernst genommen.“

Die in den letzten Worten zutage tretende Selbsterkenntnis ist recht erschrecklich: nach den neuesten Handlungen der Kommunistischen Internationale wird ihre Filiale in Deutschland noch weniger als bisher ernst genommen werden können. Von besonderem Interesse ist aber folgender Punkt: Die kommunistische Zentrale gesteht, daß sie bisher ihren Kampf gegen die K. A. P. D. nicht nur mit „guten Gründen“, sondern ausgerüstet mit der „Autorität der Kommunistischen Internationale“ geführt hat. Die „guten Gründe“, die die Levi, Kadel und Konsorten gegen die Antiparlamentarier und Syndikalisten in der K. A. P. D. ins Feld führten, waren samt und sonders von der Unabhängigen Sozialdemokratie entlehnt, die zur Strafe dafür in Stücke geschlagen wurde. Die Autorität der Kommunistischen Internationale“ jedoch ist nun plötzlich in blauen Dunst aufgelöst, denn nachdem Sinowjew das Werk der Zertrümmerung der Unabhängigen Sozialdemokratie vollbracht, kann er nun lehrbuchmäßig die marxistische Maske abwerfen und seiner Neigung zu den Anarchisten und Syndikalisten unbefehlet durch irgendwelche Skrupel Ausdruck verleihen.

Die Rebellion gegen den Moskauer Beschluß könnte mehr sein als ein untertäniger Protest gekränkter Lebewürste, wenn den Arbeitern in der kommunistischen Partei endlich die Gesinnung aufdämmern würde, daß man sie unter Vorpiegelung einer marxistischen revolutionären Taktik in Wirklichkeit in das Lager von Gewaltideologen hineingebügelt hat, die eben deshalb dem Anarchismus und Syndikalismus zuneigen müssen. Dieselben Leute, die jetzt auf den „Geniestreich“ des Moskauer Exekutivkomitees mit Fingern weisen und über die verlorene „Autorität“ jammern, haben seit Monaten nichts anderes getan als, gestützt auf die Unfehlbarkeit der Moskauer Diktatoren und auf die Autorität der kommunistischen Internationale, die Geschlossenheit der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland in Stücke zu schlagen. Jetzt stehen sie da als betrogene Betrüger, denn das verurteilende Wort, das sie an der deutschen Arbeiterklasse perbrüllt, rächt sich jetzt an ihnen selbst, die zum Dank für ihre Dienste von Moskau aus mit Fußtritten reguliert werden.

Sie werden auch diese Zustände hinnehmen, die Helden der Vereinigten kommunistischen Partei. Sie werden nach einem entsprechenden Ordnungsruf aus Moskau sich unter das laubdiele Joch beugen und ihren Anhängern mit tausendfacher tschuditschischen Knissen auseinandersetzen, daß die Dialektik des revolutionären Prozesses den scheinbaren Widerspruch zwischen K. A. P. D. und K. A. P. D. aus der Welt geschafft habe. An den Arbeitern wird es liegen, mit Hilfe der klaren marxistischen Erkenntnis diese dialektischen Künste zu zertrümmern und das schändliche Treiben des vereinigten kommunistischen Kuddelmuddels für die gesamte Arbeiterbewegung aufzudecken.

Der Tragödie vorläufiger Schluß

Das Urteil gegen die Marburger Studenten rechtsträftig
Wie gemeldet wird, ist der Freispruch gegen die Angehörigen des Marburger Studentenkorps, die unlängst wegen Totschlags und Mißbrauchs der Waffe vor dem Schwurgericht in Kassel standen, rechtsträftig geworden. Nach eingehender Beratung zwischen dem Generalstaatsanwalt und der Oberstaatsanwaltschaft hat die Anklagebehörde auf Revision verzichtet. Das Urteil des Schwurgerichts ist somit rechtsträftig geworden.

Da die Angeklagten ihrerseits keine Ursache haben, gegen das Urteil des Kasseler Schwurgerichts Revision einzulegen, ist vorläufig der Schlußpunkt hinter das Drama von Wehrstätt gesetzt. Die Tat selbst und das Urteil, das sie vor dem bürgerlichen Gericht gefunden hat bleiben unvergessen.

Eine verdächtige Gründung

Es wird weiter „gegründet“. Ein italienisches Studieninstitut versendet „streng vertraulich“ ein Rundschreiben an solche Leute, die ihr Geld los werden wollen oder die mit wenig Mühe hohe Gewinne zu erzielen hoffen, worin zur Beteiligung aufgefordert wird. Mit einem Kapital von einer Million Mark, das in Anteilscheinen von 5000 Mark geteilt werden soll, will man Ansetzler in italienischen Kolonien unterbringen und dort landwirtschaftliche und industrielle Unternehmungen gründen. Die Tätigkeit der Gesellschaft soll sich aber nicht nur auf Italien und seine Kolonien beschränken, sondern auch Konzessionen in anderen Ländern erwerben. So seien bereits Konzessionen in Albanien in Aussicht gestellt worden für die Erbauung von Transportwegen, Ausbeutung von Wäldern und Bergbaurechten, Fischerei und Landverweid. Auch in Oesterreich und anderen Ländern seien wertvolle Konzessionen mit Sicherheit zu erwarten. Das alles soll aus „Menschenpflicht“ und „Menschenwürde“ geschehen, um die Wunden des Weltkrieges zu heilen. An der Spitze des Unternehmens stehen „Seine Hoheit“ Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, daneben findet man im Gründungskomitee noch eine Reihe anderer Männer mit Würden und Aemtern.

Das Ganze ist entweder ein kapitalistischer Schwindel oder der Versuch, auf solche Weise die Kolonialpolitik von neuem zu beginnen. Vielleicht steckt dahinter auch der Wunsch kapitalistischer Kreise, auf dem Umwege über solche Kolonialpläne ihre Vermögen ins Ausland zu verfrachten. Dieser Gründungsaktivität muß mit der größten Aufmerksamkeit begegnet werden!

Schuh der Schieber

Die Reichsregierung und der Fall Daimler

Wir haben vor einigen Monaten mitgeteilt, daß nach dem (bisher von der Reichsregierung geheimegehaltenen) Untersuchungen des preussischen Kriegsministeriums die Daimler-Motoren-Gesellschaft 81 688 549,82 M. Mehrerwerb in den Jahren 1914 bis 1917 erzielt hat, als von ihr in den Bäckern ausgewiesen worden ist. Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß die Staatsanwaltschaft in Stuttgart im Jahre 1918 ein Verfahren gegen die Daimlerdirektoren wegen verübten Betruges und Kriegswuchers eingeleitet und sich der Oberreichsanwalt in Leipzig mit der Frage beschäftigt hatte, ob sich in den Drohungen, die sich die Daimlerdirektoren gegen das preussische Kriegsministerium zum Zwecke der Erpressung noch höherer Gewinne erlaubt hatten, ein versuchter Landesverrat zu erblicken sei.

Die Justizbehörden schweigen darüber, was aus diesem Strafverfahren geworden ist, und die Reichsregierung verheimlicht den erwähnten Untersuchungsbericht des preussischen Kriegsministeriums obwohl der rechtssozialistische Abgeordnete Keil am 6. Oktober 1920 in einer kleinen Anfrage die Reichsregierung gefragt hat, ob sie bereit sei, diesen Prüfungsbericht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Anfrage ist bisher unbeantwortet geblieben, sobald man wohl zu der Feststellung berechtigt ist, daß sie den Schieber des Vergessens über diese großen Schieber mit ihren einflussreichen Verbindungen zu allen Regierungen breiten will.

Praktische Völkerbundsarbeit

Polen und Litauen

Bekanntlich hatte die Völkerbundsversammlung beschlossen, zur Beilegung des polnisch-litauischen Konflikts in dem strittigen Wilnaer Gebiet eine Volksabstimmung stattfinden zu lassen. Zu diesem Zwecke sollte ein Truppenaufgebot, zusammengesetzt aus alliierten und neutralen Truppen, nach Wilna geschickt werden, um die ruhige und objektive Abwicklung der Abstimmung zu garantieren. Die russische Regierung legte Protest gegen die Entsendung solcher Truppen ein, da sie die Befürchtung hegte, daß die Anwesenheit dieser Truppen zur Organisation neuer konterrevolutionärer Kräfte dienen könnte.

Diesen Einspruch scheint der Völkerbund zum Vorwand genommen zu haben, um jede Aktion gegen Jeligowski überhaupt einzustellen. Einer Rownoer Meldung zufolge hat der Völkerbund auf die Entsendung interallierter und neutraler Truppen in das Wilnaer Abstimmungsgebiet verzichtet, um Bewandlungen mit der Sowjet-Regierung zu vermeiden. Bewahrheitet sich diese Meldung, so geht daraus hervor, daß der Völkerbund mit diesem Schritt gleichzeitig Polen einen Dienst geleistet hat. Denn den Polen liegt nicht allzuviel an der Volksabstimmung, und jedenfalls läuft diese für sie günstiger aus, wenn keine Völkerbundstruppen da sind und General Jeligowski selbst das Zepher schwingt.

Auch sonst fällt die Entscheidung des Völkerbundes sehr zu Gunsten Polens aus. So hat der Vorsitzende der Kontrollkommission des Völkerbundes, Oberst Chardigny, in einem Schreiben an die litauische Regierung die Eisenbahnlinie Wilna—Dünaburg den Polen zugesprochen und bestimmt, daß eine Volksabstimmung demgemäß nur westlich dieser Linie stattfinden soll. Die litauische Regierung hat auf eine Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet gänzlich verzichtet, da sie sich davon keine gerechte Lösung der Wilnaer Frage

verspricht, weil die von Litauen geforderten Bedingungen nicht erfüllt worden seien.

Es ist ganz klar, daß Polen, der Gendarm der Alliierten im Osten, mit allen Mitteln gefördert wird. Wilna war litauisch, bis der Hebelgeneral Jeligowski kam und es den Litauern entriß. Durch den Spruch des Völkerbundes wird das Vorgehen Jeligowskis, der „angeblich“ auf eigene Faust handelte, legalisiert. Litauen macht aus der Not eine Tugend, wenn es auf eine Volksabstimmung in Wilna verzichtet. Wenn man vom Völkerbund gerecht behandelt sein will, darf man nicht zu ihm kommen und eins seiner liebsten Kinder verklagen. Die Alliierten brauchen Polen so groß und stark wie möglich, gegen Deutschland sowohl als auch gegen Rußland. Von diesem Gesichtspunkt fällt jede Entscheidung im Osten, solange die bestehende Mächtekoalition zusammenbleibt. Das muß Litauen nun verspüren. Das öffnet auch die Augen über den Völkerbund.

Der russische Rätekongreß

Moskau, 23. Dezember.

Bei Eröffnung des 8. Allrussischen Kongresses der Arbeiterräte sprach sich Kassin in der Eröffnungsansprache über die internationale Lage Sowjetrußlands aus, die sich durch die Siege so gebessert habe, daß die westeuropäischen Regierungen mit Rußland Beziehungen anzuknüpfen suchten. Die innere Lage habe sich ebenfalls gebessert. Im März hätten die Bauern noch der Sowjetregierung gegenüber Mißtrauen gezeigt, im August hätten sie den festen Wunsch erklärt, für Sowjetrußland zu kämpfen.

Vor der Sowjetregierung ständen gewaltige Aufgaben. Die Wirtschaft des Landes müsse geregelt werden. Gleichzeitig müßten die Interessen der kleinen Bauernwirtschaft gewahrt werden. Wie schwer auch die Aufgaben des Kongresses sein mögen, die Sowjetregierung habe die Gewißheit, daß sie sie siege. Der gegenwärtige Kongreß werde, so glaube er, alles tun, um Sowjetrußland dem Siege näher zu bringen.

Auf Vorschlag der kommunistischen Fraktionen wurde das Präsidium einstimmig gewählt. Es besteht aus Kassin, Lenin, Trotski, Sinowjew, Ramenew, Bucharin, Krow, Serebrjakow, Smilidzi, Smirnow, Jntomski, Petrow, Turakuloff, Menderew, Dschanidse, Blachewitsch, Salin, Kalitow, Said-Galen, Tschernjakow, Merlakowski, Maroschilow, Saprowow, Gusejew, Jwanow und Petruschkin. Die letzten beiden Mitglieder sind parteilos.

Der Kongreß beschloß, einen Gruß an die Rote Armee, an das französische Proletariat und an die Sowjetrepubliken, die in die Räte-Revolution aufgehen, abzuschicken.

Lenin erstattete darauf den Bericht über die internationale Lage Sowjetrußlands. Er führte u. a. aus: Wir wissen alle, wie die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten unter dem Drängen der kapitalistischen Westeuropas uns den Krieg aufgezwungen haben. Zurzeit hat der Krieg sein Ende gefunden, und zwar durch einen Frieden, der für uns vorteilhafter ist, als derjenige, welchen wir Polen vor dem Kriege angeboten haben. Der Vorfrieden mit Polen ist unterschrieben. Die Politik der Entente, die darauf gerichtet ist, sich in Kriegskoalitionen einzumischen, um die Sowjetmacht zu vernichten, leidet immer mehr Schiffbruch. Die Zahl der Reiche, die mit uns Frieden geschlossen haben, wächst andauernd. Man kann sagen, daß der endgültige Friede mit Polen in der nächsten Zeit bestimmt abgeschlossen wird. Unsere zeitweiligen Niederlagen in dem Kriege mit Polen rührten davon her, daß wir gezwungen waren, gegen Wrangel zu kämpfen, der von Frankreich anerkannt war und von den Westregierungen unerhörte Unterstüßungen erhielt. Wir wissen alle, welchen außerordentlichen Heldentum unsere Rote Armee bewiesen hat, als sie Wrangel den entscheidenden Schlag beibrachte. Der uns von den Weisagern und Imperialisten aufgezwungene Krieg ist nunmehr erledigt. Wir können uns jetzt mit vollem Bewußtsein an das Werk des wirtschaftlichen Aufbaues machen. Wir müssen jedoch immer auf der Hut sein. Die Kriegsbereitschaft müssen wir auf jeden Fall bewahren, um uns vor Ueberfallsabstimmungen zu sichern. Wir müssen die Kriegsbereitschaft des Landes heben. Unsere Friedensbereitschaft hat man früher als Schwäche ausgelegt.

Die Aufgaben des Rätekongresses

Moskau, 21. Dezember. (Rosta Wien.)

Der Vorsitzende des Zentralsekretariatkomitees, Kassin, schreibt über die Aufgaben des achten allrussischen Sowjetkongresses:

Vor dem Kongreß steht die Frage: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und die Unternehmung der Bauernwirtschaft. Man muß solche Formen der Beziehungen zwischen Sowjetmacht und Bauernwirtschaft finden, die es ermöglichen, sie auf eine Höhe zu bringen, daß der Staat an sie bestimmte Produktionsaufgaben stellen kann. Die vom Sowjetkongreß beschlossenen Maßnahmen müssen so gefaßt werden, daß sie nicht nur für den Staat nützlich, sondern auch für die Bauernwirtschaften vorteilhaft sind. Ueber die Verbesserung der Tätigkeit der Sowjetorgane“ schreibt Kassin, daß hier der Kongreß dem Rat der Volkskommissare und dem Zentralsekretariat konkrete Weisungen zur höchsten Demokratisierung des Verwaltungsapparates geben müsse.

Das Programm, das Kassin hier aufgestellt hat und das auch in seiner Rede bei Eröffnung des Kongresses zum Ausdruck kam, ist außerordentlich bemerkenswert. Es stellt zwei Hauptziele auf: grundlegende Aenderung der Sowjetrepublik gegenüber der Bauernschaft und Demokratisierung der Verwaltung. Als Delegierter der Bauernschaft weiß Kassin, daß ein wirtschaftlicher Aufbau Sowjetrußlands unmöglich ist, wenn es der Sowjetregierung nicht gelingt, die Interessen der bäuerlichen Wirtschaft zu befriedigen. Und als Vorsitzender des Zentralsekretariatkomitees hat Kassin genügend Einblick in den Apparat der Sowjetbureaucratie erlangt, daß er die Demokratisierung des gesamten Apparates als unumgängliche Voraussetzung der Gesundung der inneren Verhältnisse betrachtet.

Ob Kassin mit seinen Forderungen durchbringen wird, ist eine Frage für sich. Jedenfalls ist es bezeichnend, daß Führer der russischen Räterepublik, die nicht nur der bürgerlichen Demokratie, sondern der demokratischen Idee überhaupt seit Jahren den schärfsten Kampf angelegt haben, nun genötigt sind, sich mit der Frage der Demokratisierung der Verwaltung zu befassen, um dem Absolutismus der Rätebureaucratie ein Ende zu bereiten.

Bestrafter Verleumdung. Wegen der in einer öffentlichen Versammlung im Februar dieses Jahres ausgestellten verleumderischen Behauptung, die Minister des damaligen Reichskabinetts hätten sich ihr Gehalt in Gold ausahlen lassen, wurde der Rittersgutsbesitzer Karl von Stünzner-Orde von dem Landgericht Frankfurt a. d. Oder zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Carl Legien

Vom Vorstand des Afa-Bundes geht uns folgender Nachruf mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung haben am 26. Dezember 1920 durch den Tod Carl Legiens einen Verlust erlitten, dessen Bedeutung weit über den Rahmen des von ihm geführten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hinaus geht. Die freien Arbeitervereinigungen waren die Plattform für Legiens Wirksamkeit; er selbst gehörte aber keiner Organisation, sondern dem Proletariat im ganzen. Das Bild dieses Arbeiters würde gekürzt, wollte man sein Lebenswerk lediglich vom Standpunkt irgendeiner parteipolitischen Grundausfassung betrachten.

Carl Legien war Kämpfer, Organisator und Taktiker. Die Schlichtheit seines Wesens brachte es mit sich, daß er im Gegensatz zu manchem der sonstigen emporgestiegenen Arbeiterführer niemals Neigung verspürte, Berufspolitiker zu werden und den Boden der Gewerkschaftsarbeit zu verlassen. Legien war Gewerkschaftler vom Scheitel bis zur Sohle. Seitdem er vom 17. November 1890 ab durch das Vertrauen der organisierten Arbeiter an die Spitze der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (später Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) berufen worden war, blieb er auch zu jeder Stunde und in jeder Situation ihr Führer. Wie immer auch viele von uns einzelne seiner Handlungen beurteilen mögen, so wissen wir alle: sein Herz schlug der Arbeiterklasse bis zur letzten Stunde seines Lebens. Noch vor wenigen Wochen, als seine physischen Kräfte durch Krankheit bereits aufs äußerste geschwächt waren, schleppte sich Legien mit aller Ueberwindung auf den Internationalen Kongress nach London und die deutschen Gewerkschaften hatten in dem erkrankten Führer doch ihre gesunde und vollwertige Vertretung wie sonst. Die Krankheit hatte ihn schon lange gequält, aber sein Geist hat rastlos weitergearbeitet, bis den Lebensabendigen der Tod erbeutet hat.

Legien gehörte zu den wenigen Führern der deutschen Arbeiterbewegung, die bei aller Hingabe zu ihrer politischen Partei auch schon frühzeitig und rechtzeitig die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für den Befreiungskampf des Proletariats erkannt hatten. Er hat in den 30er Jahren den Kampf mit den besten Köpfen der Sozialdemokratischen Partei, mit Tuer und Bebel, aufgenommen, um den freien Gewerkschaften die ihnen gebührende Geltung zu verschaffen. Legien verlangte damals, daß die Partei sich mit Entschiedenheit für die Gewerkschaften einsetze, sie als gleich notwendigen und wichtigen Teil der Arbeiterbewegung anerkennen und jeden Parteigenossen verpflichte, sie durch Anknüpfen an die Massen zu unterstützen, wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern. Legiens Weltbild hat Recht behalten, und es mag für ihn eine Genugtuung gewesen sein, daß er selbst den gewaltigen Aufschwung der freien Gewerkschaften Deutschlands noch mit erleben durfte. Diese neun Millionen Arbeiter der organisierten Arbeiter ist heute zum entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Faktor im deutschen Volksleben geworden. Sie hat unter Legiens Führung im März 1920 den konterrevolutionären Putsch der Kapp-Lüttich erfolgreich niedergeschlagen. Wer so wie der Verfasser dieser Zeilen in jener Zeit des Kapp-Putschs Tag um Tag mit Carl Legien zusammen wirken durfte, dem ist eine lebendige Erinnerung an den von männlicher Unerschrockenheit und kluger nüchternen Ermüdung erfüllten Kämpfer verblieben. Als wir damals täglich und nächtlich unterirdisch beim matten Rezenschimmer unter dem Vorhitz Legiens Kriegstat hielten, da konnten diejenigen, die ihn noch nicht kannten, Legien als proletarischen Kämpfer schätzen lernen. Er war ungeschert der durch den Verstoß des bedingten Übermenschen pöblichen Anstrengungen von der ersten bis zur letzten Stunde auf dem Posten. Jede Maßnahme, die geeignet gewesen wäre, ihn von den persönlichen Verfolgungen der bewaffneten Kappisten zu schützen, wurde von ihm abgelehnt. Legien hatte, das zeigte sich damals, persönlichen Mut und als er in jener denkwürdigen Nacht vom 20. März 1920 die Forderungen der streikenden Arbeiter gegenüber der Regierung und den Parteien zu vertreten hatte, da sprach ein weisheitlicher Feuerkopf. Die Regierungs- und Parteivertreter schrien auf, sie setzten über die Erpreßpolitik der Gewerkschaften, und ein Agent der Reaktion erstattete gegen Legien und den Verfasser dieser Zeilen Anzeige beim Staatsanwalt wegen Hochverrats. Das Auftreten Legiens in jener Nacht war keine Erpreßtat, sondern der Ausdruck jenes Kraftgebühls, das die denkende freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse erfüllt. Legien war eben Proletarier und hat sein proletarisches Empfinden im Gegensatz zu manchem seiner Kollegen bis zum Tode behalten. Er hat in jenen Märztagen diejenige Kraft entwickelt, die nur das Proletariat selbst zu erzeugen vermag und unserer deutschen Arbeiterbewegung eigen ist. Wenn nach Ablauf des Generalstreiks die Berliner Moskauer auf Legien und die Gewerkschaften hatten, so äußerte sich darin nur die eigene Angst, den Massen zum gegebenen Zeitpunkt den Abbruch des Generalstreiks zu empfehlen. Die Proklamierung eines Streikabbruchs macht stets unpopulär, und Legien hatte den Mut, sich im Interesse der Revolution bei ihnen auch unpopulär zu machen. Seine Kritiker von damals sind stets populär — sonst nichts. Wenn die Auswirkungen des Generalstreiks vom März 1920 später enttäuscht haben, so lag die Schuld wahrlich nicht an den Gewerkschaften und nicht an Legien, sondern in der politischen und parteipolitischen Entscheidung, die so manchen gewerkschaftlichen Erfolg vernichtet hat.

Legiens kluger Sinn kam auch schon seit Jahren den organisatorischen von den freien Gewerkschaften noch getrennten Angelegenheiten zu Gute. Er hatte Verständnis für die Bedeutung dieser auftretenden Schicht, gleichzeitig aber auch für ihre Eigenart und ihre sozialen Bedürfnisse. Es darf hier u. a. an die warmherzige Förderung erinnert werden, die er von Anfang an dem Bund der technisch-industriellen Beamten angedeihen ließ, dem Bund der Generalkommission nicht angeschlossen war. Er obwohl dieser der Generalkommission nicht angeschlossen war. Er obwohl dieser der Generalkommission nicht angeschlossen war. Er obwohl dieser der Generalkommission nicht angeschlossen war.

Legien hat in jenen Märztagen diejenige Kraft entwickelt, die nur das Proletariat selbst zu erzeugen vermag und unserer deutschen Arbeiterbewegung eigen ist. Wenn nach Ablauf des Generalstreiks die Berliner Moskauer auf Legien und die Gewerkschaften hatten, so äußerte sich darin nur die eigene Angst, den Massen zum gegebenen Zeitpunkt den Abbruch des Generalstreiks zu empfehlen. Die Proklamierung eines Streikabbruchs macht stets unpopulär, und Legien hatte den Mut, sich im Interesse der Revolution bei ihnen auch unpopulär zu machen. Seine Kritiker von damals sind stets populär — sonst nichts. Wenn die Auswirkungen des Generalstreiks vom März 1920 später enttäuscht haben, so lag die Schuld wahrlich nicht an den Gewerkschaften und nicht an Legien, sondern in der politischen und parteipolitischen Entscheidung, die so manchen gewerkschaftlichen Erfolg vernichtet hat.

Legien hat in jenen Märztagen diejenige Kraft entwickelt, die nur das Proletariat selbst zu erzeugen vermag und unserer deutschen Arbeiterbewegung eigen ist. Wenn nach Ablauf des Generalstreiks die Berliner Moskauer auf Legien und die Gewerkschaften hatten, so äußerte sich darin nur die eigene Angst, den Massen zum gegebenen Zeitpunkt den Abbruch des Generalstreiks zu empfehlen. Die Proklamierung eines Streikabbruchs macht stets unpopulär, und Legien hatte den Mut, sich im Interesse der Revolution bei ihnen auch unpopulär zu machen. Seine Kritiker von damals sind stets populär — sonst nichts. Wenn die Auswirkungen des Generalstreiks vom März 1920 später enttäuscht haben, so lag die Schuld wahrlich nicht an den Gewerkschaften und nicht an Legien, sondern in der politischen und parteipolitischen Entscheidung, die so manchen gewerkschaftlichen Erfolg vernichtet hat.

Was vergangen, kehrt nicht wieder.
Ging es aber leuchtend nieder,
Leuchtet's lange noch zurück.

S. Tuschhäuser.

und zwar an demselben Kundteile, an dem Tuer, Bebel, Haase und Liebknecht beerdigt sind. Die Leiche wird am Donnerstagabend nach dem Gewerkschaftshaus übergeführt und im großen Saale aufgebahrt. Am Freitag, 10 Uhr, wird im selben Saale eine Gedächtnisfeier für den toten Führer der Deutschen Gewerkschaften veranstaltet (Eintritt gegen Karten), bei der Reichstagsabgeordneter Willell die Gedächtnisrede halten wird. Im Anschluß daran bildet sich der Zug. Die Ansprachen der Delegationen erfolgen in oder vor der Friedhofshalle.

Zum Tode Carl Legiens hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zahlreiche Beileidskundgebungen erhalten. Unsere Reichstagsfraktion sowie die Parteileitung haben gleichfalls telegraphisch ihre Teilnahme am Tode des Führers der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen. Weiter haben der rechtssozialistische Parteivorstand, der Reichspräsident und der Reichsminister durch Schreiben ihr Beileid ausgedrückt.

Viel Geld im Reichswirtschaftsministerium

Wie wir zuverlässig erfahren, erhalten die Oberbeamten der aufgelösten J. E. G., die am 31. Dezember auscheiden, das volle Gehalt bis zum 31. Januar ausgezahlt. Wir möchten wissen, ob in gleicher Weise auch mit den Unterbeamten verfahren wird. Kommen bei dieser Angelegenheit auch Personen in Frage, die während ihrer Tätigkeit bei der J. E. G. ihr Geschäft in vollem Umfange und mit dem glänzendsten materiellen Erfolge weiter betrieben haben? Gerade diese letzte Frage muß rüchellos beantwortet werden!

Ein gescheiterter Zerförungsversuch

Aus Bielefeld wird uns geschrieben: Um im östlichen Westfalen für unsere Partei wirksamer arbeiten zu können, hatten unsere Parteigenossen die Herausgabe einer eigenen Zeitung in Aussicht genommen. Zu diesem Zwecke wurde vor Jahres-

Funktionäre des deutschen Holzarbeiterverbandes

Generalversammlungsdelegierte, Betriebsräte, Betriebsobleute, Vertrauensleute!

Am Mittwoch, den 23. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet für die auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Funktionäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Bürgeraal des Berliner Rathauses (Eingang Königsstr.) eine Versammlung statt. Tagesordnung:

1. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Referent: Genosse Dr. Paul Herz.
2. Was lehren uns die Vorgänge im deutschen Metallarbeiterverband?

Funktionäerausweis, sowie Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D.
Die Geschäftsleitung. J. A. Fritsch Schneider.

frü die Verlagsgenossenschaft „Volkswille“ gegründet, der heute 800 Mitglieder angehören. Nach der Spaltung von Halle hatten die Kommunisten in unserem Bezirk einige Anhangserfolge zu verzeichnen. Heute jedoch ist der kommunistische Stern wieder verloschen.

Als erste Aktion versuchten die Kommunisten, die Verlagsgenossenschaft „Volkswille“, dieses mit großer Mühe aufgebauete Werk, durch Auflösung zu zerstören. In der Generalversammlung der Genossenschaft, am vorigen Sonntag, aber holten sie sich eine schwere Niederlage. Ihr Antrag auf Auflösung der Genossenschaft wurde mit 286 gegen 78 Stimmen abgelehnt, dagegen unter Antrag angenommen, wonach das Ziel der Genossenschaft baldmöglichst verwirklicht werden soll. Die Kommunisten hatten es an reger Werbetätigkeit nicht fehlen lassen. Der Grund für ihre Niederlage ist aber nicht weit zu suchen. Viele ihrer Genossen, die noch vor kurzer Zeit in unseren Reihen gekämpft hatten, waren der Generalversammlung fern geblieben, denn bei ihnen hatte die bessere Einsicht gefehlt; sie vermochten es nicht, über sich zu bringen, ein Werk zu zerstören, an dem sie selbst regie mitgearbeitet hatten. Und unsere Genossen hatten es an Opferwilligkeit nicht fehlen lassen. Von weither waren sie herbeigeeilt, um die Verlagsgenossenschaft zu retten. Sehr stark waren die Genossen der beiden Lippeischen Staaten vertreten.

Die Verlagsgenossenschaft ist nunmehr ganz in unseren Händen. Der langgehegte Wunsch unserer Parteigenossen geht jetzt in Erfüllung. Vom 1. Januar 1921 ab wird der „Volkswille“ als Kopfbild der „Freiheit“ täglich erscheinen.

Politische Ausfuhrzensur?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht in einer amtlichen Rundgebung eine Bestimmung über die Ausfuhrkontrollen für Bücher. Darin heißt es: „Nach den Bestimmungen über die Ausfuhrkontrollen sind, wie dem Publikum noch immer nicht hinreichend bekannt ist, auch für Bücher im Einzelhandel nach dem Ausland Ausfuhrbewilligungen nötig.“ Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Außenhandelsstellen für das Buchgewerbe auch die Bewilligung für die im Privatverhand (171) meistens für die in Frage kommenden Kreuzbandbindungen erteilt. Es ist leider in der Öffentlichkeit noch nicht genügend bekannt, daß die gesamte Bücherausfuhr im Buchhändlerberufverein schon von völlig reaktionären und chauvinistisch-nationalistischen Elementen geleitet wird. Was soll nun diese neue Bekanntmachung heißen, Will die Reaktion auf diese Weise verhindern, daß auch auf dem letzten Wege des Privatverhandes ihr unannehmliche Bücher ins Ausland gelangen. Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Regierung eine genaue Auskunft darüber erteilt, wie diese Verordnung gemeint ist. Es scheint fast, als ob man uns durch eine politische Zensur völlig vom Auslande abschneiden will.

Ein kommunistisches Musterexemplar

Das „Zwickauer Volksblatt“ druckt einen Brief ab, den der Gründer der kommunistischen Arbeiter-Union von dort, Bruno Seifert, aus dem Untersuchungsgefängnis geschrieben hat. Der Brief lautet:

Zwickau (Sachsen), den 26. 10. 20.
Gefängnisanstalt.

Sehr geehrter Herr Schichtmeister!

Sie werden höchst entschuldigen, daß ich Sie mit einem Briefe beleihe.

Ich, Bruno Paul Seifert, der frühere Betriebsrat des Betriebsgenossenschaftes, ich muß mein Vorgehen damals bedauern, ich habe mich bis dato als Mittel zum Zweck für andere benutzen lassen, bin nun dadurch, daß meine Familie den

Schaden hat, zu einer andern Ueberzeugung gekommen. Bitte Herrn Schichtmeister und Herrn Generaldirektor Jodt nochmals höflich um Entschuldigung. Ich würde mich zum Dank, wenn Herr Generaldirektor mich als Grubenarbeiter in einem seiner Betriebe befindlichen Schacht einstellen würde, haben die Herren wenigstens Rücksicht zu meiner Familie also Kranke Frau fünf Kinder das älteste 15 Jahr und blödsinnig. Aus Dank für die Einstellung würde ich mich ganz Ihnen zur Verfügung stellen, von jeder gewerkschaftlichen und politischen Sache würde ich mich fernhalten. Ich würde Ihnen zum Dank sogar die Achtsundachtzig bringen.

Hochachtungsvoll

Ihr ergebenster

Bruno Seifert.

Seifert sitzt jetzt in Untersuchungsgefängnis wegen Teilnahme an einer bewaffneten Expedition nach Falkenstein, die dort eine Sowjetrepublik errichten wollte. Im übrigen zeigt der Brief wieder einmal, daß so mancher Kommunist von heute nichts anderes ist als ein Gelber von gestern, der schon morgen sein altes Meier wieder aufzunehmen bereit ist.

Aus der Wirtschaft

Die Notlage der Straßenbahnen

Vor einiger Zeit fand eine Tagung des Vereins deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen, in dem 88 Prozent der deutschen Privatbahnen vereinigt sind, statt. Es wurde natürlich über die trostlose Lage der Privatbahnen lebhaft Klage geführt und darauf hingewiesen, daß die 80 Prozent dieser Bahnen die Betriebseinnahmen noch nicht einmal zur Deckung der reinen Betriebsausgaben ausreichen; auch die ordnungsmäßige Unterhaltung der im Kriege besonders stark mitgenommenen Bahnanlagen und Betriebsmittel ist aus Mangel an Mitteln unmöglich. So konnten im Jahre 1920 nur knappe 20 Prozent des normalen Schienenbedarfs beschafft werden.

Es wird hier von berufenster Seite bestätigt, worüber wir uns schon lange klar waren, daß die Privatwirtschaft auf diesem Gebiete vollständig verlagert hat. Die Erklärung dafür ist nicht schwer: Privatwirtschaftliche Betriebe lassen sich einzig und allein vom Profitstreben leiten. Da die Geldentwertung die Materialpreise auf das 20- und 30fache — die Arbeitslöhne demgegenüber um viel weniger — hinaufgetrieben hat, mußten die Tarife ebenfalls um das Vielfache erhöht werden, um noch Profite zu ermöglichen. Aber die durch das Sinken der Reallohne verelendete breite Masse des Volkes konnte noch höhere Tarife als die heutigen nicht bezahlen. Darum legen die Privatgesellschaften die Bahnbetriebe still oder lassen sie verkommen.

Die Privatwirtschaft hat Bankrott erklärt, also hat sie den Schluß ihrer Ruhestaten zu verlassen, das Straßenbahnenwesen muß in die Hände der Allgemeinheit übergeben werden. Das ist die einzig mögliche und folgerichtige Lösung. Welche Lösung schlägt aber die Privatunternehmer vor? Sie fordern die Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Betriebes zu Lasten der Allgemeinheit, die sie durch Gewährung von Zuschüssen und durch Aufhebung der Verkehrssteuern unterstützen soll, und sie fordern für die Betriebsleistungen des Recht, zur Vermeidung von Betriebseinstellungen die Arbeitszeit um mindestens eine Stunde zu erhöhen!

Die Straßenbahner sollen also dafür büßen, daß die Privatwirtschaft verlagert hat. Aber der Zweck dieser Forderung ist noch ein anderer: Es soll Preisse gelegt werden in den Grundbesitz der Achtsundachtzig, der, wenn einmal durchbrochen, nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Denn mit derselben Begründung wird ein Industriezweig nach dem anderen daran gehen, den Achtsundachtzig, eine der wenigen revolutionären Erregungsschancen des Proletariats, zu beseitigen. Und das Proletariat, wirtschaftlich durch die Wirtschaftskrise und politisch durch seine Zerstückelung geschwächt, wird unermöglicht sein, den Generausturm der Unternehmer gegen den Achtsundachtzig abzuwehren, wenn es sich nicht wie ein Mann dagegen erhebt.

Uebrigens versuchen die Straßenbahngesellschaften in Tarifverhandlungen mit den Angestellten bereits jetzt, den Achtsundachtzig praktisch zu beseitigen, indem sie die 3 Minuten überschreitenden Pausen an den Endstationen und die außerhalb der eigentlichen Fahrzeiten vorzunehmenden Arbeiten von der achtsündigen Arbeitszeit abzurechnen versuchen. Da die Gesellschaften sich kein Gewissen daraus machen werden, ja nur auf die Gelegenheit warten, die Betriebe stillzuliegen, so werden die Straßenbahner einen überaus schweren Stand haben, wenn sie nicht der Rückendruck durch die gesamte Arbeiterklasse, deren Interessen durch die Verlängerung der Arbeitszeit der Straßenbahner unmittelbar bedroht sind, gewiß sind.

Krise und Arbeitslöhne

Das Fortschreiten der Weltwirtschaftskrise, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist, führt zur immer weitergehenden Verschlechterung der Lage der Arbeiter. Es mehrte sich die Zahl der Betriebsstilllegungen, und unter dem Druck der gewaltig angeschwollenen industriellen Kellerearmen mußten die Arbeiter sich auch mit Lohnsenkungen einverstanden erklären, um nicht aufs Pflaster geworfen zu werden.

So wird aus Schweden gemeldet, daß die Hisinghian-Werke, ein großes Schwereisenunternehmen, ihren Arbeitern mitteilen, daß sie nach Januar nur zu einem um 15 Prozent niedrigeren Lohn Beschäftigung bei dem Werk finden können.

Auch die amerikanischen Eisenwerke gehen daran, die Arbeitslöhne herabzusetzen.

Ferner wird gemeldet, daß die General-Electric-Company, eine der größten Elektrizitätsfirmen der Vereinigten Staaten, 3000 Arbeiter entlassen habe. Die Entlassung weiterer 2500 Arbeiter steht bevor.

Eingegangen! Der Münchener antisemitische Agitator Dietrich Eckardt hatte in seiner Zeitschrift 1000 Mark für den Nachweis ausgesetzt, daß eine jüdische Familie drei Wochen lang auch nur drei Söhne beim kämpfenden Teil einer Kampftruppe gehabt habe. Der Rabbiner Dr. Freund in Hannover wies darauf u. a. in 76 Fällen die Erfüllung jener Bedingungen nach. Darunter waren Familien mit sieben und acht Söhnen, die im Felde waren und einige, die drei Söhne verloren hatten. Da Eckardt die Zahlung der 1000 Mark verweigerte, erhob Dr. Freund Klage beim Landgericht in München. Dort erkannte Eckardt den Nachweis an und zahlte die 1000 Mark, ohne das Urteil abzuwarten.

Französische Militärjustiz im besetzten Gebiet. Ein marokkanischer Soldat, der in Zweidörfern das Fenster einer Wohnung eingeschlagen und zwei Mädchen mit einem Seitengewehr bedroht hatte, wurde vom französischen Kriegsgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Ueberflüssigenabkommen in Oberschlesien. Das Verbot von Ueberflüssigen konnte in Oberschlesien bisher nicht durchgeführt werden, weil die erforderlichen Lebensmittelforderungen noch nicht genügend sichergestellt waren. Jetzt ist auch hierfür ein Vertrag mit der Tschechoslowakei in Kraft getreten. Es steht lediglich noch die Genehmigung der Interalliierten Kommission aus.

Die Grenzen des Saargebietes. Die Arbeiten der Grenzfestlegung des Saargebietes sind nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die gesamten Grenzen des Saargebietes nach dem Versailler Vertrage sind vor kurzem endgültig festgelegt worden.

Verdrängung der Unterzeichnung des finnisch-russischen Friedens. Die Abreise der finnischen Abordnung nach Moskau zur Unterzeichnung des Friedens zwischen Finnland und Sowjetrußland ist hinausgeschoben worden.

Das Begräbnis von Carl Legien findet am Freitag um 1 Uhr auf dem Städtischen Friedhof in Friedrichsfelds statt.

SCHERZ-ARTIKEL

Grosse Auswahl in Silvester-Scherzen
Kopfbedeckungen, Konfetti, Luftschlangen, Glessblei, Masken, Radau-Artikel
Neujahrskarten in allen Preislagen

GLASWAREN

Sekikelche Trübe	6.75	Tee-Eier Messing vernickelt	7.50	8.50
Rotweingläser glatt	4.25	Teesieb-Löffel	16.50	18.50
Bowlenkrüge 1 Liter	13.75	Bowlen	80.00	155.00 198.00
Bowlen glatt	32.50	Weinkühler	59.50	95.00 125.00
Steinbowlen	37.50	Teemaschinen Messing vern.	197.50	255.00 265.00
Teebecher glatt	1.10	Teeglas-Halter vern. Gl.	7.00	22.50 29.50 37.50

WEINE * SPIRITUOSEN

Preise, einschliesslich Flasche ohne Steuer, 20% Steueraufschlag

Weissweine	Rotweine	Dessertweine
1918 Oberhaardier 13 ⁷⁵ 67 ⁵⁰	1918 Montagna 10 ⁵⁰ 50 ⁰⁰	Tarragona rot 13 ⁷⁵ 27 ⁰⁰
1919 Ellenzer 20 ⁰⁰ 100 ⁰⁰	1918 Dürkh. Feuerbg. 14 ⁵⁰ 70 ⁰⁰	Muskat u. Malvasier 1 FL 125 ⁰⁰
1918 Piesporter Lay 22 ⁰⁰ 105 ⁰⁰	1917 Emilion, Bord. 27 ⁰⁰ 125 ⁰⁰	Tarragona weiss 1/2 FL 36 ⁵⁰
1917 Nierstein. Weg 28 ⁵⁰ 137 ⁵⁰	1917 Beaujolais 32 ⁰⁰ 150 ⁰⁰	Ganz alter Sherry 1/2 FL 38 ⁵⁰
1915 Nierst. Galgenb. 35 ⁰⁰ 165 ⁰⁰	1918 Graves weiss 32 ⁰⁰ 150 ⁰⁰	Portwein, Madeira 1/2 FL 42 ⁵⁰

Deutscher Weinbrand und 40 proz. Jamaika-Rum 1/2 FL 29⁰⁰ 1/2 FL 58⁵⁰

Div. Punsch-Extrakte hochgradig u. mit Zucker 1/2 FL 30⁰⁰ 1/2 FL 58⁵⁰
Jamaika-Rum ca. 45% ca. 55% 1/2 FL 62⁵⁰ 1/2 FL 75⁰⁰

Diverse Schaumweine bekannte erstklassige Marken, zu den billigsten Tagespreisen



HERMANN TIETZ

Theater und Vergnügungen

Volkshühne
7 Uhr: Rad Damosus II. u. III. Teil
Neues Volkstheater
8 Uhr: Der Biberpelz
Staatstheater.
8 Uhr: Häsel und Gretel
9 Uhr: Die Puppenfee
König Richard III.
8 Uhr: Die Spieler
Großes Schauspielhaus
8 Uhr: Die Spieler
Königgrätzer Str.
8 Uhr: Salome
Königsplatz
8 Uhr: Die Spieler
Nachtigall
8 Uhr: Die Spieler
Kammermusik
8 Uhr: Die Spieler
Neues Operettenhaus
8 Uhr: Die Spieler
Walhalla-Theater
8 Uhr: Die Spieler
Rosa-Theater

Brauerei Königstadt
am Schönhauser Tor.
Silvester!
Gr. Silvester-Feier im Berner Oberland.
In feinstem beheiztem Saal. Original-Alpenkonditionen
Konzert, ausgeführt von 3 Kapellen!
Um 12 Uhr: Ball (2 Ballorchester)
Tischbestellungen werden entgegengenommen
7 1/2 Uhr Anfang 7 1/2 Uhr

Der Rifenverleimungs-Apparat „Herkules“
bietet den größten Schutz gegen Diebstahl. Schnellster u. billigster Verschluß. Kein Nageln mehr, kein Zerbrechen der Rifen auf dem Transport und beim Öffnen.
George Jurek
Belle N 20, Danneberg 13, Telefon: Nacht 4462.
Alte Gebisse
aus eigener Fabrik
Kupfer, Messing, Stahl und Zink
Wahl, Gold, Silber und Duschilber kunst zu Tagespreisen
Scharf & Schmidt, Eisener Str. 78 Ude Aderstr.
Dynamodraht
in Baumwolle, Seide und Emaille, kauft jeden Posten
Elektrobüro, Grüner Weg 100.

Am 2. Dezember werden...
Paul Janke
Sohnemann
Johanna Fackel
Der Vorstand.

APOLLO
Große Silvesterfeier
Konzert
Varieté / Ball
Ueberraschungen
Anfang 7 1/2 Uhr
Tischbestellungen werden im Bureau entgegen genommen, doch nicht über 6 Uhr referiert.

kommunistische u. sozialistische Literatur
in kleinen Einzelbüchern oder auch in Bänden
an Rudolf Hoffe, Leipzig.

Zentralverband der Angestellten
Der Verbandswortführer
Stebel, Urban.
Arbeiter- stenographen- Verein
„Stolze- Schren“, Groß-Berlin
Gegründet 1905.

Schattenbilder am Rhein
Die genialste Erzählung der Gegenwart
In dieser Erzählung wird bewiesen, welcher Laten im Jahre 1918 ein Mensch, von Ekel und Grauen gepöisselt, fähig sein konnte.
133 Seiten / Lexikon-Format / Auf Kupferbrud. / Papier mit Buchschmud / Elegant gebunden 18 Mark.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9
Auch durch alle Filialepeditionen / Versand nach auswärts

Neue Anfängerkurse beginnen:
Südost, Ost, Norden, Nordwesten, Neukölln, Weißensee.
Das ist die Wahrheit
Das Unterrichtsgebäude befindet sich für Teilnehmer unter 18 Jahren 12 Mark, über 18 Jahre 15 Mark einschließlich der Lehrer miteil.

Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kaufbörse Damm 66, am Hermannplatz, sonst
Kupfer, Messing, Blei, Zink.

Arbeiterjugend und Segnelle Frage
von Hans Bachmann
Preis 2 Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Breite Straße 8-9

Botenfrauen
Hilft sofort ein
Expedition Schöneberg, Götterstraße 40

Kreuzfuchse 300 M.
Alaska-, Blau-, Zobel-, Kreuz- und Weißfuchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-Geh- und Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Uster früher bis 1200 M., jetzt 350 bis 450 M. Große Posten Rosen, Stück 60 M. (Keine Lombardwaren.)
LEINHAUS MORITZPLATZ 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art)

Seid pflichtbewußt!

Die Reihen des Bürgertums sammeln sich. Die Organisationen der kapitalistischen Mächte sind nicht nur gerichtet gegen alle neuen Ansprüche der wertvollen Bevölkerung...

Gegenüber diesen Bedrohungen muß die gesamte Arbeiterklasse recht denn je sich ihrer Pflicht bewußt werden! Nur durch die Sammlung aller revolutionären Kräfte auf bestimmte Ziele können die Anschläge der Gegenrevolution abgewehrt...

Die Unabhängige Sozialdemokratie ruft zur Erfüllung dieser Pflichten auf. Die Aktion der Arbeiterklasse darf sich nicht in isolierten Einzelhandlungen auflösen...

Der proletarische Kampf aber kann nicht geführt werden ohne den Ausbruch der Organisation, ohne die Ausgestaltung der Presse. Jedes Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie soll ein revolutionärer Kämpfer sein...

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, hat seit ihrem Bestehen im Mittelpunkt des Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse gestanden...

Die „Freiheit“ wird auch in Zukunft diesen Weg gehen, auch in dieser Zeit, in der durch das sich täglich steigende Elend, durch die ununterbrochen wachsende Not geistige Verwirrung...

Nur eine Parole kennt die „Freiheit“: das Wohl des gesamten Proletariats, das Interesse aller Hand- und Kopfarbeiter. Nur für ein Ziel kämpft sie: für den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie...

Besonders der bevorstehende Quartalswechsel muß unsere Genossinnen und Genossen veranlassen, neue Leser und Freunde für unser Blatt zu gewinnen. Die „Freiheit“ ist kein kapitalistisches Organ...

Die bevorstehende reichere Ausgestaltung des Inhalts der „Freiheit“ sowohl im politischen wie im Unterhaltungsbezug wird unserer Zeitung einen erhöhten Wert geben...

Unsere Freunde und Genossinnen rufen wir zu: Seid pflichtbewußt, sorgt dafür, daß die „Freiheit“ ihren Leserkreis ständig erweitern kann!

Nur der ist ein wirklicher Kämpfer für den Sozialismus, der auch in den Atempausen, die aus die soziale Revolution läßt, seine Pflicht für das Proletariat erfüllt!

Groß-Berlin

An unsere Abonnenten!

Den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragend, hat der Verlag der „Freiheit“ versuchsweise für den Monat Januar Halbdonats-Abonnement vorgelesen. Wir glauben, es dadurch auch dem Minderbemittelten zu ermöglichen...

Der Lustmord an der kleinen Ise Heimann

Die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei veranstaltete gestern nachmittag in Moabit einen Lokaltersmin. Die Empörung über die Untat hatte eine große Menschenansammlung hervorgerufen, da angenommen wurde, daß der Mörder mitgebracht werden würde...

Die Nachforschungen nach dem Kinde, dem das in der Wohnung des Birchholz gefundene Mantelchen gehört, haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Bisher haben die Feststellungen ergeben, daß seit Juni d. Js. ein kleines Mädchen, das mit einem solchen Mantelchlein bedeckt war, vermisst wird...

Bewaltungsbezirk II, Tiergarten. Die Bezirksversammlung

der Verwaltungsbezirks II, welche am Montag, den 20. d. M., in der Aula des Friedrich-Werderischen Gymnasiums, Berlin NW. 21, Bodumer Straße 8a tagte, nahm zunächst den Bericht des Wahlaufschusses entgegen. Die Versammlung beschloß die 413 als ungültig erklärten Stimmzettel als gültig. Durch diesen Beschluß erhalten die D. V. P. ein Mandat, wohingegen der Demokratischen Partei ein Mandat verloren geht...

Im der Wohnungszugewiesener zu entgegen, richteten sich heute schon die in Frage kommenden Wohnungsinhaber ein. Sie kennen zur Wohnungsinspektion und teilen mit, daß sie Bekannte oder Verwandte in ihre Wohnung aufgenommen haben...

meldeben auch wirklich in den Wohnräumen wohnen und ob sie ihre bisherige Wohnung tatsächlich aufgeben haben. Denn das ist des Pudels Kern, daß andere Wohnräume für Wohnungslose frei und bezahlbar werden...

Steuervorlagen im Ausschuß. Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Bruns trat am Montag der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlagen über die Einführung der neuen Steuern im Rathaus zusammen...

Das Gemeindeblatt der Stadt Berlin wird vom 1. n. M. an nicht mehr durch Boten, sondern nur noch durch die Post den Empfängern zugestellt.

Belieferung der Milchkranken für die Zeit vom Dienstag, den 28. Dezember 1920 bis einschließlich Dienstag, den 4. Januar 1921. Für den 28., 29., 30. und 31. fällt die Belieferung der 1/2-Liter-Kranken mit Frischmilch aus...

Der sogenannte wilde Straßenhandel soll von Polizeibeamten dahin beaufsichtigt werden, ob die Händler den Bestimmungen des Umschlaggesetzes nachkommen. Die Feststellungen werden sich darauf erstrecken, 1. ob der Straßenhändler überhaupt ein Straßenhandwerkzeug hat...

Raubtier-Weihnachten. Abends hört die Raubtiergruppe bei Carrosani das „Stille Nacht“. Aber sie hielten nicht Frieden auf Erden, im Gegenteil. Wutgebrüll erschallte vorgestern das Zirkusparkplatz Berlins. Ein Krakenbär hatte sich auf einen Löwen gestürzt...

Das Barackenzarett auf dem Tempelhofer Feld. Das Reichsarbeitsministerium verleiht eine Mitteilung, in der es darlegt, daß das Zarett auf dem Tempelhofer Feld wegen Unwirtschaftlichkeit nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte...

Diese Lazarettkommission scheint es der Verwaltung angetan zu haben und die Kranken wollen sich das Beiseiteschieben der

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(Fortsetzung) Der Dienst Ismers war sehr leicht, denn er beschränkte sich im wesentlichen auf Wachtpostensehen.

Das hatte sein Angenehmes, aber auch sein Unangenehmes. Denn Ismer hatte zwar wenig zu tun, aber viel Zeit zum Warten.

Von Rechts wegen konnte, wie er sich besonders nach Erkundigung bei den Kameraden ausgerechnet hatte, schon eine Antwort von Emilie da sein. Aber die Antwort blieb aus. Ismer hatte zu den Angaben der Kameraden das größte Vertrauen. Sie wußten so ziemlich alles. Es hatte sich ihm im Felde nichts oder nur wenig ereignet, das sie nicht vorausberechnen hätten.

Es ging jetzt bald auf Ramur, das sie auf deutsche Art mit dem Ton aus der ersten und einem vollen U in der letzten Silbe aussprachen.

Das war sehr schön, besonders da Lüttich bald erobert wurde, und die erste lahme Waffentat des deutschen Heeres einen Triumph brachte, der aber nur der Anfang war. Das sagten alle.

Ismer freute sich, wie die anderen sich freuten, und zeitweise glaubte er, der Krieg wäre doch nicht so schlimm, wie man ihn sich vorstellte, trotzdem er die Kameraden hatte, aus dem Schmerzenslager leuzien. Aber, wenn er dachte, es verlasse ihn der erste Gedanke an Sterben und Tod, dann schmelten seine Augenlider in die Höhe, und er besann sich auf den Tag, an dem er Emilie geküßt hatte, und seitdem ihm der ganze Ritt ziemlich schnuppe geworden war.

Wenn er sich jetzt die Sache richtig überlegte, hatte er damals ein großes Unrecht begangen. Aber schließlich war er doch auch nur ein Mensch, und überdies Emilie keine Geliebte, sondern eine Kameradin. Sie hatte ihn zu sehr geküßt. Wenn sie wenigstens nicht so deutlich gezeitigt hätte, daß er ihr ekelhaft war. Aber die Frauen haben ja nun einmal kein Gewissen.

Hätte Emilie eines gehobt, so wäre sie beim Abblende anders zu ihm gewesen. Und vor allem hätte sie sich schon für die fünf Mark bedankt. Denn die Feldpost funktionierte tadellos, sagten die Kameraden, die zwar noch nicht geschrieben oder einen Brief erhalten hatten, aber genau wußten, daß alles tipp top war, und selbst die Verpflegung nichts zu wünschen übrig ließ. Als die Tage verstrichen,

ohne daß Ismer eine Zeile bekam, las er einmal den Bericht des Hauptquartiers, der die Feldpost gegen die Klagen des Publikums in Schutz nahm, was darauf schließen ließ, daß die Kameraden doch nicht durchaus recht hatten, und es denn auch erklärlich machte, daß von Emilie noch nichts gekommen war. Er bat dann Emilie ab und wünschte sich, in Lüttich wenigstens so lange bleiben zu können, bis die Feldpost tadellos funktionierte. Dann würde er gewiß Nachricht aus Berlin erhalten, die ihm, wenn er weitermarschieren müßte, erst spät nachfolgen könnte.

Da erhielt er einen ganz unerwarteten „Kartengruß aus der Heimat“.

Er war von Marie unterzeichnet und enthielt außer dem Abbild zweier Fahnen, der deutschen und der österreichischen, deren Stangen an der Kreuzung von Bändern in den Landesfarben zusammengehalten waren, nur die vorgezeichneten Worte: „Wir müssen siegen!“ und von der Hand Mariens: „Auch in der Heimat gedente ich an Dir“.

Diese Karte wirkte auf Ismer wie ein Schlangenschiff. So gut, wie Marie, hätte auch Emilie schreiben können. Und sicher hätte sie es besser fertiggebracht als Marie, die offenbar durch den Umgang mit ihrem Wäscherossenschieben alle Moral verlernt hatte und sich auch ganz falsch ausdrückte.

Ismer zerrte die Karte in tausend Stücke, und ein Kamerad, ein Berliner, der ihn so hantieren sah, fragte ihn, ob er schon lange in dem Geschäft war; er machte es zu gut. Da schämte sich Ismer und ging davon.

Am nächsten Tage kam eine Karte von Emilie. Das Datum der Abendung bewies, daß Emilies Karte vor derjenigen Mariens zur Post gegeben war. Aber die Abwicklung der Geschäfte bei der Feldpost hatte dazu gezwungen, erst die zuletzt aufgegebenen Briefschaften abzuschicken und dann erst, in entsprechenden Zwischenräumen, die aufgelaufenen zu welenen. Unter diesen hatte sich offenbar auch die Karte Emilies befunden. Sie enthielt den Dank für die Zuwendung des Geldes, die herzlichsten Grüße und Wünsche fürs Wohlergehen und die Bitte um recht baldige ausführliche Nachricht.

„Aha! Sie hat sich besonnen!“ dachte Ismer. Und zugleich war es ihm klar, daß der Frihe nicht mehr in Berlin war. Denn so verstellen konnte sie sich doch nicht. Wenn der Frihe noch da war, würde sie nicht schreiben.

Ismer hatte ein Gefühl der Verwirrung. Und beinahe wäre er vergnügt geworden. Dann aber wurde ihm bewußt, wie bemitleidenswert seine Freude war, weil sie von einer

solchen Sache abhing, ob der Frihe da war oder nicht. Und er gab sich das Wort, nicht mehr an die Sache zu denken.

Wenigstens soweit sie den Frihen betraf.

Emilie aus dem Gedächtnisse zu streichen, hätte er doch wohl nicht fertig gebracht. Es war auch gar nicht seine Absicht, es fertig zu bringen. Er wollte nur soweit kommen, daß er sich mit Emilie beschäftigen konnte, ohne den Frihen immer gleich dabel zu haben. Sie war im Grunde eine ganz gute Person, und es blieb jammerschade, daß er nicht mit ihr hatte auskommen können. Er beschloß, sich zu bessern, obwohl es damit eigentlich keine rechte Eile hatte, ganz einfach, weil es zwecklos war. Mit Emilie zusammenzukommen, war doch vor der Hand unmöglich. Der Krieg hatte eben begonnen, und wenn man auch hoffen durfte, er werde nicht lange dauern und die Zeit bald da sein, wo man wieder nach Hause gehen könnte, so sah es Ismer doch allzuschön anzunehmen, daß die Zeit schon drängte.

Immerhin konnte sie kommen, und es war nur Klug, sich von ihr nicht überzumpeln zu lassen.

Emilie mußte sich darauf vorbereiten, in ihm einen anderen Mann zu finden, als denjenigen, welchen sie im Gedächtnisse haben dürfte. Und um das zu erreichen, war vor allen Dingen nötig, ihr zu zeigen, daß er sie für etwas anderes hielt als für das, was sie nach ihrer Behandlung durch ihn denken mußte. Sobald er Zeit hatte, nahm Ismer von dem Briefpapier, das er sich in der Stadt gekauft hatte, einen Bogen, betrachtete ihn genau, ob er auch ganz sauber war, und schrieb darauf einen schönen sorgfältig durchdachten und mit Liebe ausgeführten Brief, in dem er Emilie sagte, wie bedauerlich es war, daß alles so anders gekommen wäre, als man gehofft hatte. Ismer war weit davon entfernt, sich von aller Schuld frei zu fühlen, aber man mußte ihn doch anrechnen, daß er schwer gereizt worden wäre. Er hätte annehmen müssen, daß die Redereien nicht ganz des Grundes entbehrt hätten. Er wäre aber jetzt überzeugt davon, daß er sich geirrt habe. Er hoffte, Emilie werde ihm bald schreiben und sagen, wie sehr sie bereit wäre, in die hingehaltene Hand einzuschlagen.

Ismer adressierte den Brief, setzte schön leserlich seine eigene Adresse auf den der Angabe des Adressierten vorbehaltenen Teile des Umschlages und, als er den Brief in das offene Käftchen gelegt hatte, das auf dem Zitatellenhof angebracht war, hatte er das Gefühl, eine gute Tat getan zu haben, die sicherlich ihre Früchte tragen würde.

(Fortsetzung folgt.)

